

Ernüchterndes Fazit

■ **Zum Bericht „Windflächen-Planung in der Kritik“ vom 23. Januar schreibt die Wind-Initiative Dahl:**

(. . .) Für die Dahler steht die Zukunft auf dem Spiel: Wird ein ehemals dörflich geprägtes Wohngebiet immer mehr zu einem Windindustriegebiet umgebaut? (. . .) (In Dahl) müssen Entscheidungen getroffen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialräumlichen Gegebenheiten vor Ort. Dabei darf es nicht nur und nicht einmal vorrangig um Energieeffizienz gehen. Vielmehr muss der Schutz der Anwohner vor zusätzlichen Belastungen und Beeinträchtigungen Priorität haben, denn dieser Schutz ist ihnen grundgesetzlich garantiert.

Wenn sich eine kritische Bürgerinitiative (wie die DaWI) genau dafür einsetzt, müsste sie eigentlich mit der vollen Unterstützung der Stadtplaner und des Bauausschusses der Stadt Paderborn rechnen dürfen. Darf sie aber nicht. Denn nach wie vor plant das Stadtplanungsamt unberührt an den Vorbehalten der betroffenen Anwohner vorbei. Die zahlreichen Eingaben der DaWI-Bürgerinitiative bleiben (von „Eingangsbestätigungen“ abgesehen) inhaltlich unbeantwortet. Die seltenen Gespräche mit Vertretern des Stadtplanungsamtes verlaufen ergebnislos. (. . .) Heißt also: Die Mitglieder des Bauausschusses treffen Entscheidungen vornehmlich auf der Grundlage der vom Stadtplanungsamt vorgelegten Beschlussvorlagen, ohne sich vorher über mögliche Alternativen kundig zu machen, die von orts- und sachkundigen Bürgern eingebracht werden könnten. Noch nie wurden die Vertreter der DaWI-Bürgerinitiative in den Bauausschuss oder von den Ratsfraktionen einge-

laden, um ihre Position einer sozialverträglichen Nutzung der Windenergie zu erläutern.

In der Presse wurde mehrfach darüber berichtet: Während die kleine Gemeinde Borcheln durch klare Entscheidungen kommunalpolitische Verlässlichkeit demonstriert, wird politisches Vertrauen in Paderborn verspielt. Auf der Grundlage in sich widersprüchlicher Planungsvorlagen werden Beschlüsse gefasst, die den aktuell gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Paderborn (107. FNP) außer Kraft setzen. Per „Aus-



Wind-Dorf Dahl: *Die Riesen rufen auch Kritiker auf den Plan.*

nahmegenehmigungen“ werden nicht mehr revidierbare Fakten schaffen, die bereits im Vorhinein den jetzt aufgelegten Vorentwurf eines neuen Flächennutzungsplans (125. FNP) konterkarieren.

Als ernüchterndes Fazit: Die Dahler Bürgerinnen und Bürger werden sich noch gut an die städtische Informationsveranstaltung vor einem Jahr erinnern. Seinerzeit wurde ihnen von den städtischen Experten wortreich die Überplanung des Holterfeldes (D 291) vorgestellt mit der Aufforderung, sich mit Vorschlägen oder Einwänden am weiteren Planungsver-

fahren zu beteiligen. Knapp zwei Monate später wurden mit „Ausnahmegenehmigungen“ Fakten geschaffen, ohne dass irgendeine dieser Bürgereingaben zur Kenntnis genommen worden wäre: Genehmigung zweier neuer knapp 200 m hohen Windtürme, einer davon in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung.

Ebenso wortreich wurde nun auf der Schützenhof-Veranstaltung dafür geworben, dass der jetzt vorgelegte 125. FNP die beste aller möglichen Planungsvarianten sei, ohne dass Alternativen überhaupt vorgestellt worden wären. So lassen sich „Sachzwänge“ und rechtlich unklare Rahmenvorgaben zu unüberwindlichen Hindernissen für eine politische Entscheidungsfindung hochstilisieren.

Kritische Nachfragen waren wenigstens zugelassen (die von den Experten allerdings nur selten klar und überzeugend beantwortet werden konnten). Und die Bürgerinnen und Bürger dürfen sich mit ihren Eingaben, Vorschlägen und Vorbehalten in das Planungsverfahren noch schriftlich einbringen. Vielleicht gelingt dem Stadtplanungsamt in Zukunft ja ein besseres Projektmanagement (das sich durch Transparenz und Abwägung von Alternativen auszeichnen würde). Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, dass Bürgerbeteiligung nicht nur öffentlich propagiert, sondern auch bei den konkreten Planungsvorhaben realisiert wird.

„Wir werden Ihre Aussagen sehr ernst nehmen und machen uns die Planung nicht leicht.“ Bleibt also zu hoffen, dass dieses öffentliche Versprechen von Bürgermeister Dreier Bestand hat. (. . .)

Jürgen Baur
Dahler Wind-Initiative